

AFFÄREN

MINISTER

Unten durch

Ein halbes Jahr lang sichtete der Kieler Rechtsanwalt Carl-Eugen Dobberstein im Auftrag seinen Mandanten Charles Sartori sieben Pfund Akten. Dann aber, Ende letzten Jahres, war es für ihn ein klarer Fall: „Die stärkeren Gründe sprechen dafür, daß Knudsen sich einer vollendeten Erpressung schuldig gemacht hat.“

Knud Knudsen, 56, ist schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister. Dobberstein verfaßte sein „Rechtsgutachten“ über den zielstrebigem Zugriff des christdemokratischen Kabinettsmitglieds auf die Kieler Reederei Sartori & Berger. Sein forsches Fazit wertet strafrechtlich, was zugleich politisch degoutant erscheint: des Ministers zwielichtiges Lavieren zwischen öffentlichem Amt und privatem Geschäft.

Am 1. Juni vorletzten Jahres trat der Spediteur, Wohnungsbauunternehmer und Reeder Knudsen in die schleswig-holsteinische Landesregierung ein. Neun Monate nach seinem Amtsantritt übernahm der ehemalige Kohlenhändler von Reeder Charles Sartori, 60, für 700 000 Mark dessen Kommandit-Anteil an der 110 Jahre alten Firma Sartori & Berger und brachte so die Reederei in seine Hand.

Dieses Geschäft machte der Minister, obwohl Artikel 29 der Landessatzung bestimmt: „Die Mitglieder der Landesregierung dürfen... kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben; sie dürfen weder der Leitung noch ohne Zustimmung des Landtages dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.“

Zwar interpretiert Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke diese Verfassungsvorschrift dahin, daß „Kabinettsmitglieder selbstverständlich ihr Vermögen verwalten können“. Doch hinter Knudsens Handel argwöhnte offensichtlich auch Regierungschef Lemke mehr als zulässige Vermögensverwaltung. Besorgt fragte er im Mai 1967 seinen künftigen Kabinetts-Kollegen kurz vor dessen Dienstantritt, ob er denn „das Geschäft nicht lassen“ könne. Knudsens Antwort: „Dann lasse ich lieber den Minister.“

Die friesische Hartnäckigkeit des Politikers galt einem Geschäft, das er seit 1965 zwar energisch, aber ohne Fortüne anstrebte. Sooft Reeder Knudsen an seinen verschuldeten Kollegen im Laufe der Jahre herantrat — Sartori ließ sich „aus dem Familienunternehmen, das nach Abzug aller Verbindlichkeiten zwei Millionen Mark wert war, nicht hinausdrängen“.

Erst als der kauflustige Knudsen 1967 in das Kabinett einzog, sah sich Sartori endgültig in einer „prekären Situation“: Der neue Wirtschaftsminister wurde kraft Amtes Verwaltungsratsmitglied der Landesbank. Und eben diese Bank war Sartoris Haupt-



Verkäufer Sartori
„Nun tun Sie doch nicht so ...“

gläubiger und versuchte ihn zur Veräußerung seines Unternehmens zu zwingen.

In solch verhängnisvolle Bank-Abhängigkeit war die altrenommierte Reederei Sartori & Berger, unter deren Flagge einst vierzehn Frachter liefen, nach Ansicht ihres früheren Inhabers durch „eine Kette unglücklicher Zusammenhänge“ geraten. „Ohne mir eine Chance zur Sanierung zu geben“, so Sartori, „forderte man meinen Kopf.“

Tatsächlich erzwangen die Gläubiger — neben der Kieler Landesbank hatte auch die Schiffshypothekenbank in Lübeck Forderungen — die Umwandlung der Familienfirma Sartori & Berger in eine Kommanditgesellschaft und drängten Charles Sartori von der Inhaber- in die Kommanditistenrolle. Alle Entscheidungen, so diktierten die Banken, treffe fortan ein Gläubigerbeirat.



Käufer Knudsen
... als ob ich so ein Wolf wäre“

Zum Geschäftsführer der Reederei wurde der vormalige Sartori-Generalbevollmächtigte Heinrich Bartkowski bestellt, unter dessen Leitung das Unternehmen laut Sartori fortan „erst richtig zu leiden begann“.

Wie geschickt auch immer Bartkowski gewirtschaftet haben mag — Kaufinteressent Knudsen wußte ihn zu schätzen. Beide Herren wurden vor Jahren Kompagnons in der „Kieler Reederei GmbH“.

Und auch in die Firma Sartori & Berger wollte Knudsen den eingearbeiteten Partner als Teilhaber einbringen. Doch Sartori wies bei allen Kaufverhandlungen dieses Ansinnen zurück: „Ich habe es damals strikt abgelehnt, an einer Gesellschaft teilzuhaben, in der Herr Bartkowski Gesellschafter ist.“

Dem verschuldeten Reeder war freilich klar, daß er unter dem Druck der Banken, die bereits mehrfach mit Vollstreckungsmaßnahmen gedroht hatten, nur hinhaltenden Widerstand leisten konnte. Er begann sich nach ihm genehmen Kaufinteressenten umzusehen. Spätestens am 26. April 1967 mußte er allerdings begreifen, wie überflüssig solche Suche war. Die Landesbank teilte ihm mit: „Nach Auffassung der Gläubiger kommt für eine Beteiligung nur der Reeder Knud Knudsen in Betracht.“ Damals war Knudsen bereits als künftiger Wirtschaftsminister im Gespräch.

Vierzehn Tage später hakte der designierte Minister selber nach und drohte — über ein Ultimatum der Banken wohlunterrichtet — seinerseits: „Nach Ablauf des gesetzten Termins werden die Gläubiger nach eigenem Ermessen verfahren.“

Es verstrichen zwei Termine: Am 1. Juni 1967 übernahm Knudsen sein Ministeramt — der Handel aber war immer noch nicht perfekt. Doch keine Skrupel fochten den Minister an, auch nach der Amtsübernahme sein Geschäftsinteresse just in jenem Bereich weiterhin voranzutreiben, für den er nun vom Ressort her politisch verantwortlich war.

Am dritten Weihnachtstag des Jahres 1967 speisten Knudsen und Sartori im Gästehaus „Kieler Kaufmann“, nachdem kurz vor dem Christfest die Landesbank wiederum gedroht hatte, notfalls die „bestehenden Forderungen fällig stellen und vollstrecken“ zu wollen. Abermals scheiterten die Verhandlungen. Unverdrossen kündigte der Minister bereits einen Monat später, am 30. Januar letzten Jahres, erneut an, daß „die Gläubiger... handeln werden“.

Hilfesuchend wandte sich Sartori am 28. Februar 1968 an den Kieler Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger (CDU), den Verwaltungsratsvorsitzenden der Landesbank. Die Bank lasse ihm nur die Wahl zwischen einem Verkauf an Knudsen und einer entschädigungslosen Übertragung seines Kommanditanteils auf das Kreditinstitut.

Über dieses Gespräch fertigte Schlegelberger, wie Sartori erfahren haben

will, einen Aktenvermerk und schickte Kopien seinem Kollegen Knudsen und der Landesbank. Knudsens Kommentar nach Sartoris Erinnerung: „Nachdem Sie das gemacht haben, sind Sie bei allen Beteiligten nun vollständig unten durch.“ Knudsens Kommentar gegenüber dem SPIEGEL: „Unten durch war er schon vorher.“

Und der Minister wußte es zu nutzen. Am 5. März empfing er den Zermürbten in seinem Amtszimmer. Noch dort unternahm Sartori vergeblich einen letzten Versuch, sein Unternehmen zu retten. Er bat, den Ministerpräsidenten anrufen zu dürfen. „Sie können gern anrufen, er ist sowieso nicht da“, lächelte Knudsen und kam zur Sache: „Wenn Sie jetzt nicht zustimmen, tritt die Ankündigung der Landesbank ein.“ Sartori gab auf.

So kaufte der Minister die Reederei Sartori & Berger und findet nichts dabei.

Zu Sartori sagte er nach dessen Erinnerung: „Nun tun Sie doch nicht so, als ob ich so ein Wolf wäre.“ Dem SPIEGEL sagte er: „Daß ich die vor meinem Amtsantritt eingeleiteten Erwerbsverhandlungen selber zum Abschluß bringen mußte, sehe ich nicht als einen Verstoß gegen die Landesatzung an.“

Außerdem habe der Landesrechnungshof die Sache geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Der Präsident des Landesrechnungshofes Dr. Karl Marbach: „Unsere Prüfung ist nicht eigens wegen Herrn Knudsen, sondern wegen der Landesbürgschaft für die Firma Sartori & Berger durchgeführt worden. Allerdings haben wir bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß gegen Herrn Knudsen wegen seines Verhaltens vor seinem Dienstantritt, im Mai 1967, keinerlei Vorwürfe zu erheben sind.“

Wegen Knudsens Verhalten nach seinem Dienstantritt erhebt Rechtsanwalt Dobberstein den Vorwurf, der Minister habe „in Ausnutzung der Notlage Sartoris mit der Durchführung einer Zwangsvollstreckung“ gedroht, „auf die er als Wirtschaftsminister nicht ohne Einfluß war“.

Knud Knudsen sieht den eigenen Fall schlicht als notwendige Folge seiner Qualifikation: „Dann muß man sich eben den Wirtschaftsminister vom Arbeitsamt holen, dann gibt es keine solchen Probleme.“

GEWERKSCHAFTEN

DGB-REFORM

Lieber schwächer

Ein zitternden Hintern, der keinen guten Ton hervorbringen kann“, nannte Georg Leber vor zehn Jahren den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Leber, damals noch Vorsitzender der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, warf den höchsten Interessen-Vertretern



DGB-Chefkandidat Gscheidle
Preis gezahlt?

der Arbeitnehmer vor, sie seien unfähig, eine klare politische Linie zu erarbeiten und durchzusetzen.

Drei Monate vor dem diesjährigen DGB-Bundeskongreß in München kritisieren viele Funktionäre ihre Dachgewerkschaft erneut. So höhnte die „Holzarbeiter Zeitung“: „Langeweile gilt als Zeichen ernst zu nehmender Aktivität, bewegende Veränderungen gelten als unseriös.“ Und das Verbandsorgan „Druck und Papier“ entdeckte bei den kleinen Gewerkschaften „Resignation und Frustration“.

Laut Satzung soll der DGB als Dachorganisation von 16 Einzelgewerkschaften, mit insgesamt 6,5 Millionen Mitgliedern Europas größte Arbeitnehmer-Vereinigung, „gemeinsame Forderungen gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und Behörden“ vertreten. Anders als die Einzelgewerkschaften, die — wie etwa IG Metall und IG Chemie — vor allem für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, soll der DGB gesellschaftspolitische Ziele aller Arbeitnehmer formulieren und über die Parteien im Parlament durchsetzen.

Diese Aufgabe aber hat der Dachverband nach Ansicht seiner internen Kritiker um so weniger erfüllt, je drängender die politischen Probleme wurden. So konnte er weder die Notstandsgesetze verhindern noch seine Vorstellungen von der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft durchsetzen. Die DGB-Forderung nach Vermögensbildung der

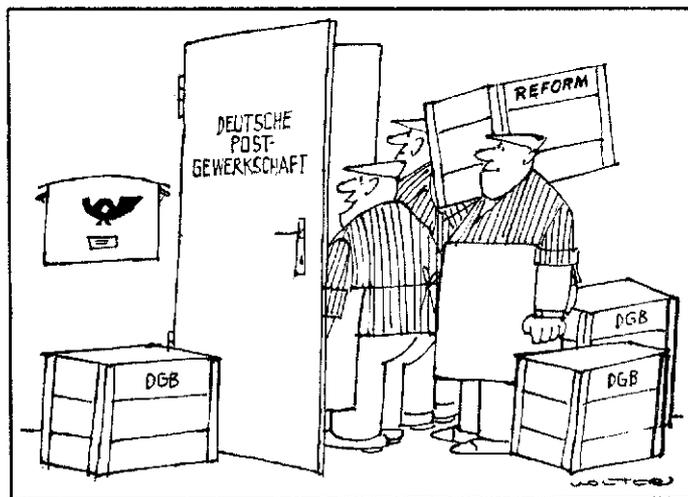
Lohnempfänger brachte bisher so wenig ein wie sein Verlangen, die übermäßige Steuerbelastung kleiner Einkommen auf Kosten der Großverdiener zu mildern.

Ursache für die Schwäche des DGB ist ein organisatorischer Geburtsfehler. Über seine Politik nämlich entscheidet ein Vorstand, in dem die mächtigen Repräsentanten der Einzelgewerkschaften den Ton angeben, ohne sich stets an die Grundsatzbeschlüsse des DGB gebunden zu fühlen. Nach dem Einmarsch der Sowjets in die CSSR appellierte beispielsweise DGB-Chef Rosenberg an alle Gewerkschaften, vorerst keine Kontakte zu den Kollegen der Okkupanten-Staaten zu unterhalten. Daraufhin rief ÖTV-Chef Klundker, der seit Jahren Ostpolitik auf eigene Faust betreibt, dem DGB-Chef während einer Vorstandssitzung zu: „Ich lasse mir von dir meine Ostkontakte nicht vermasseln.“ Rosenberg brüllte zurück: „Du bist ein verdammter Lümmel!“, und ließ ihn weiter gewähren.

Die Dauerkrise des DGB verschärfte sich, nachdem die SPD den Koalitionsvertrag mit den Christdemokraten geschlossen hatte. Denn in der Regierung mußten sich die Sozialdemokraten auf Kosten ihrer gesellschaftspolitischen Reformpläne mit der CDU/CSU arrangieren. Damit wurde auch die Position des DGB geschwächt.

Der Chor der Proteste schwoll an. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1967, so hieß es im letzten Geschäftsbericht des DGB-Landesbezirks Bayern, sei „eindeutig auf Kosten der kleinen Leute behoben“ worden, deren Löhne 1968 fünfmal weniger gewachsen seien als die Unternehmergewinne.

Die Konzertierte Aktion, in der die Tarifpartner unter der Stabführung des Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen Karl Schiller ihre Lohnpolitik abstimmen, bezeichnete DGB-Bezirkschef Peter Michels (Nordrhein-Westfalen) als „unsozial“. Alle Entscheidungen seien grundsätzlich an der Privatwirtschaft orientiert worden. Die vorrangige Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen in



Vorwärts

„Ran, Kollege Gscheidle! Aber gebummelt wird nicht mehr.“